

Landrat des Kreises Warendorf
Herrn Dr. Olaf Gericke

Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 20.03.2020

05.03.2020

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Warendorf beantragen gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Kreistags am 20.03.2020 den Tagesordnungspunkt „Resolution gegen Rassismus und Extremismus aufzunehmen.

Dazu **beantragen** wir:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution

„Für eine offene, tolerante Gesellschaft – gegen rassistische und extremistische Bestrebungen

„Wenn wir gegenseitige Toleranz und Respekt untereinander sichern wollen, müssen wir darauf bestehen, dass Gewalt oder die Aufforderung zur Gewalt genauso verboten sind wie die Verwendung von Parolen und Symbolen, die den demokratisch rechtsstaatlichen Grundkonsens unserer Republik infrage stellen“ (Zitat des Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäubles in der 47. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 11. September 2018).

Mit dieser Resolution wollen wir als Kreistagsmitglieder ein Zeichen gegen rechte Gewalt und jede Form von anderer politischer Agitation setzen, die auf die Infragestellung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland abzielt.

Die jüngsten rechtsextremistischen Anschläge von Halle und Hanau haben gezeigt, dass der Zeitpunkt erreicht ist, an dem es einen Aufstand aller

demokratischen Kräfte und gesellschaftlicher Institutionen gegen Rassismus geben muss.

Wenn der Hass gewinnt, stirbt die Demokratie.

In der Debatte zu den Konsequenzen nach Hanau am 05.03.2020 äußerte sich Innenminister Horst Seehofer dahingehend, dass es für eine Verharmlosung rechten Terrors keinen Raum geben dürfe. Bei einer Beurteilung der Gefährdungslage gehe die höchste Bedrohung derzeit vom Rechtsextremismus aus.

Wir im Kreistag Warendorf stehen für eine demokratische, offene, vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben und Schutz erfahren, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer und ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexueller Identität, sozio-ökonomischem Status, Krankheit oder Behinderung. Wir stehen für die Freiheit der Presse und verurteilen die Morddrohungen gegen Journalisten.

Annette Widmann-Mauz (CDU), die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, forderte auf Twitter ein konsequentes Vorgehen gegen Rassismus und Rechtsextremismus: "Aus Hetze wird Gewalt, aus Hass irgendwann Mord. Das können und dürfen wir nicht hinnehmen!".

Die immer häufiger wahrzunehmende menschenverachtende Rhetorik und die kalkulierten Tabubrüche haben klar das Ziel, die Grenzen des Sagbaren nach Rechts zu verschieben und Menschen ein imaginäres Recht auf ‚Notwehr‘ vorzugaukeln. Dem treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen. Die unbestreitbare Mittäterschaft rechtspopulistischer Parteien, welche den ideologischen Boden für rechtsextremistische Anschläge bereitet haben verurteilen wir zutiefst.

Der liberale, demokratische Rechtsstaat ist für uns nicht verhandelbar.“

Mit besten Grüßen

Stephan Schulte
Vorsitzender Die Linke

Valeska Grap
Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen